

meinung

DGB

Pro Industrie und Nachhaltigkeit im Münsterland

DGB Region Münsterland

Impressum

Herausgeber:

DGB Region Münsterland

Zumsandestr. 35

48145 Münster

Telefon: 02 51-13 23 50

www.region-muensterland.dgb.de

E-Mail: muenster@dgb.de

Verantwortlich:

Heinz Rittermeier

DGB Regionsvorsitzender

Satz & Gestaltung:

PR-Service

Postfach 1045

59591 Erwitte

Am 7. Mai 2010 vom DGB Regionsvorstand Münsterland beschlossen.

Regionale Strukturpolitik ist eine der herausragendsten Aufgaben der Politik vor Ort. Sie hat die wirtschaftlichen Stärken und Schwächen einer Region zu analysieren und daraus Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Der Deutsche Gewerkschaftsbund Region Münsterland weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass dem produzierenden Gewerbe für die Wirtschaftskraft des Münsterlandes eine tragende Rolle zukommt. Die Zahl der vom produzierenden Gewerbe angebotenen Arbeitsplätze beweist das:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im produzierenden Gewerbe im Münsterland

(aufgeteilt auf die Agenturen für Arbeit, Stand 30.06.2009)

	Beschäftigte gesamt	Beschäftigte im produzierenden Gewerbe	Industriequote
Arbeitsagentur Ahlen (Kreis Warendorf)	78.955	35.789	45,3 %
Arbeitsagentur Coesfeld (Kreise Borken und Coesfeld)	166.682	67.433	40,5 %
Arbeitsagentur Münster (Stadt Münster)	136.767	19.093	14,0 %
Arbeitsagentur Rheine (Kreis Steinfurt)	125.582	46.066	36,7 %
Münsterland gesamt	507.986	168.390	33,1 %

Die Betriebe des produzierenden Gewerbes sind in der Industrie- und Handelskammer wie in der Handwerkskammer organisiert.



Das Münsterland ist mit 168.390 oder 33,1 Prozent sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe eine bedeutende Industrieregion in Nordrhein-Westfalen; besonders die vier Kreise des Münsterlandes mit 149.288 oder 40,2 Prozent sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Im NRW-Durchschnitt sind 30,6 Prozent im produzierenden Gewerbe beschäftigt.

Zu beachten ist zudem, dass das produzierende Gewerbe Dienstleistungsunternehmen, vor allen Dingen produktionsnahe Dienstleistungsunternehmen, mit ihren Arbeitsplätzen an die Region bindet. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass die Stadt Münster viele Dienstleistungsfunktionen im Münsterland wahrnimmt.

Produktions- und Dienstleistungssektor sind aufeinander angewiesen und voneinander abhängig. Durch Forschung und Innovation gewinnt das produzierende Gewerbe an Zukunftsperspektive. Die Universität Münster und die Fachhochschulen im Münsterland besitzen in diesem Feld eine elementare Bedeutung für die Region.

Mit Sicht auf die Arbeitsplätze und die im Vergleich zu NRW insgesamt niedrige Arbeitslosenquote bedarf diese Wirtschafts- und Bildungsstruktur der aktiven politischen Unterstützung. Hierzu gehört als wichtige Aufgabe die qualifizierte Nachwuchsförderung entlang der gesamten Bildungskette.

2 Nachhaltigkeit - Konsens statt Konflikt

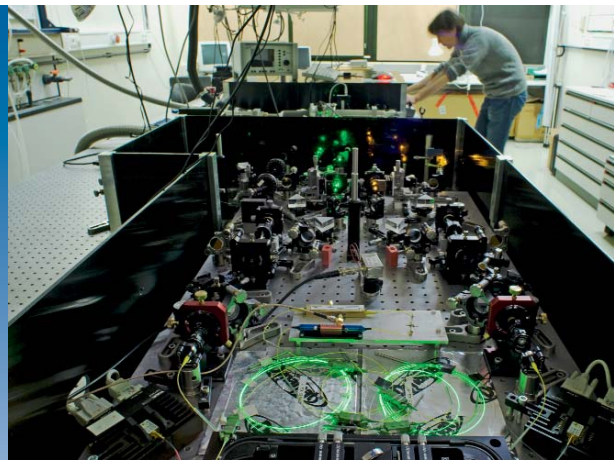
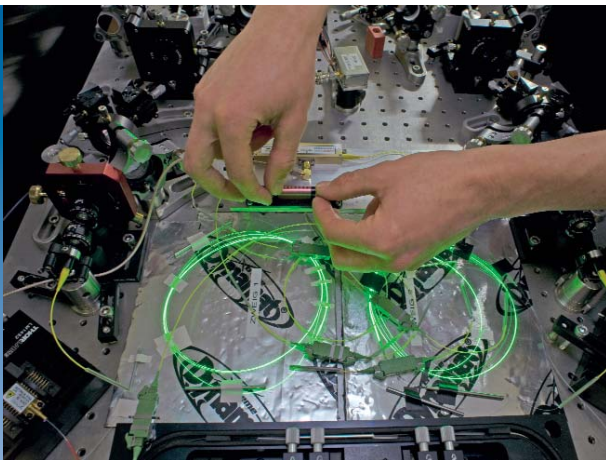
In einer Region wie dem Münsterland, in der Natur und produzierende Betriebe in enger Nachbarschaft liegen, sind Konflikte nicht auszuschließen.

Die Unternehmen sollten daran denken, dass durch die Beachtung von Natur- und Umweltschutz die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber produzierenden Betrieben wächst. Nur ein geregelter Ablauf sichert allen Unternehmen die gleichen Startbedingungen und Produktionschancen für den Wettbewerb der besseren Produkte und Ideen.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ihre Arbeitsplätze im Blickfeld. Der Arbeitsplatz hat für sie eine elementare Bedeutung für die nachhaltige Sicherung einer möglichst selbstbestimmten Existenz. Nicht nur Natur und Umwelt dienen der Gesundheit, sondern auch sichere Arbeitsplätze. Wissenschaftler der Universität Leipzig stellten fest: »Arbeitslosigkeit macht krank.« Denn Suchtkrankheiten wie Alkoholismus und Tabletensucht, Erschöpfungssymptome, Bluthochdruck bis zum Herzinfarkt treten bei Erwerbslosen viel häufiger auf als bei erwerbstätigen Menschen. Ihr Sterblichkeitsrisiko ist massiv erhöht und schon kurz nach Eintritt der Erwerbslosigkeit verdoppelt.

Erhebliche Teile der Bevölkerung, auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, legen großen Wert auf Natur- und Umweltschutz, den Wasserschutz inbegriffen.

Angesichts dieser teilweise auseinanderstrebenden Zielsetzungen benötigen wir einen stabilen konsensualen Kern, der die Menschen bindet und verbindet und der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirkt.



Wir sollten nicht die Fehler vergangener Jahre wiederholen und Arbeit gegen Umwelt ausspielen. Wir benötigen eine moderne Industrie, die Lösungen für die ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit bietet.

Der DGB ist mit seinen Gewerkschaften der Auffassung, dass die Strukturpolitik im Münsterland nicht in der Form gestaltet werden darf, dass Natur- und Umweltschutz kontra produzierendem Gewerbe stehen. Die einzelnen Interessen dürfen nicht gegeneinander in Front gebracht, sondern es muss ein ausgewogenes und ausgleichendes Gesamtkonzept erarbeitet werden.

Dieses Gesamtkonzept hat nach Auffassung des DGB vier Eckpunkte zu beachten:

- **Schutz der Arbeitsplätze,**
- **Schutz der Gesundheit des Menschen,**
- **Schutz der Natur und Umwelt,**
- **Schutz der Zukunftsfähigkeit des produzierenden Gewerbes.**

Durch eine vorausschauende Politik, die den Konsens sucht, sind alle vier Punkte gleichberechtigt in Einklang zu bringen.

Zur Stärkung des Standorts Münsterland ist es Aufgabe der Kommunal- und Regionalpolitik, durch eine vorausschauende Planung den Bedarf an Industrie- und Gewerbeflächen nachhaltig festzuschreiben. Heimische Unternehmen, die expandieren können und wollen, müssen hierzu auch durch ein entsprechendes Flächenangebot die Möglichkeit erhalten. Denn das Vorhalten von Industrie-



und Gewerbeflächen entscheidet elementar mit über die Entwicklung der Wirtschaft, über die Entwicklung des Angebots an guten Arbeits- und Ausbildungsplätzen und über die Zu- oder Abwanderung der Bevölkerung. Der DGB will eine Flächenpolitik mit Augenmaß, die weder die Normen des Natur- und Umweltschutzes missachtet noch das produzierende Gewerbe stranguliert.

Zum Erhalt der industriellen Infrastruktur im Raum Ibbenbüren fordert der DGB die Revision des Kohleausstiegsbeschlusses und die Beibehaltung der Steinkohleförderung über das Jahr 2018 hinaus, auch als Referenz für die Bergbauindustrie und ihre Zulieferer.

Auf dem RAG Anthrazitbergwerk Ibbenbüren arbeiten rund 2.500 Menschen. Der Kreis Steinfurt ist nicht so komfortabel ausgestattet, um auf diese Arbeitsplätze verzichten zu können.

Zur Sicherung der Energieversorgung in Deutschland sind wir auch weiterhin auf die Verstromung von Steinkohle angewiesen. Denn der Anteil der Steinkohle bei der Stromerzeugung liegt bei rund 20 Prozent. Das RWE Power AG - Kraftwerk Ibbenbüren, das mit Anthrazitkohle Strom produziert, trägt zur Stärkung des Industriestandortes bei. 135 Mitarbeiter finden hier eine Beschäftigung und das jährliche Auftragsvolumen für Instandhaltungsmaßnahmen beträgt rund fünf Millionen Euro. Ein nicht unerheblicher Teil davon bleibt in der Region.

Auf der anderen Seite ist das Münsterland eine geeignete Region für erneuerbare Energien. Ein Beispiel hierfür ist die Errichtung und der Betrieb einer modernen Biogasanlage am Standort Südlohn durch den Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband (WLV) und RWE



Innogy. Die neue Biogasanlage wird fast ausschließlich auf der Basis von Gülle betrieben.

Im Kreis Borken, wo die landwirtschaftlichen Familienbetriebe überwiegend von der Tierhaltung leben, trägt sie dazu bei, Nährstoffe umweltfreundlich zu verwerten und das Grundwasser zu schützen. Die moderne Biogastechnologie dient zudem dem Schutz des Klimas. Die Vorbehalte in der Bevölkerung gegen unzumutbare Geruchsemissionen und ein erhöhtes Verkehrsaufkommen sind ernst zu nehmen. Die Einhaltung von Umweltstandards und eine umfassende Informationspolitik sind deshalb notwendig.

Um die Stromerzeugung durch Windkraft zu erhöhen, ist es notwendig, alte Windkraftanlagen durch neue, leistungsstärkere zu ersetzen. Dieser Vorgang heißt Repowering. In Nottuln plant die Betreiber-gesellschaft, die zwei vorhandenen Windkraftanlagen am Longinusturm gegen eine neue, größere auszutauschen. Die beiden vorhandenen Anlagen erzeugen rund 1,3 Millionen Kilowattstunden im Jahr.

Es gibt laut Betreiber zwei mögliche Varianten bei einer neuen Anlage: Eine kleinere Anlage mit 6 bis 7 Millionen Kilowattstunden oder eine größere mit 12 bis 14 Millionen Kilowattstunden. Die größere Anlage könnte den Stromverbrauch aller privaten Haushalte in Nottuln decken. Das Planungsrecht weist aber an dieser Stelle keine Windvorrangzone aus. Die Altanlagen genießen Bestandsschutz. Ohne eine grundlegende Änderung des Regionalplans und des Flächennutzungsplans wird es keine Genehmigung für das geplante Windrad geben. Nach Ansicht des DGB besteht hier Handlungsbedarf, um Repowering zu ermöglichen.



Beckum, Neubeckum, Ennigerloh und Lengerich sind bedeutende Standorte der Zementindustrie. Mineralische Rohstoffe sind durch die Lagerstätten standortgebunden. Sie sind nicht vermehrbar und nur begrenzt verfügbar. Daher ist unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit ein schonender Umgang mit bestehenden Ressourcen unvermeidlich. Der Abbau von Steinen für die Zementindustrie greift in den Naturhaushalt ein. Zielsetzung ist deshalb eine langfristige Investitionssicherung für die Arbeitsplätze in der Zementindustrie verbunden mit einem verantwortlichen Umgang mit dem natürlichen Lebensraum.

Denn dort, wo Rohstoffe und Umwelt für die Entwicklung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft genutzt werden, brauchen wir langfristige Investitionen in den Naturschutz. Dies muss durch differenzierte Maßnahmen geschehen, wie beispielsweise durch die Gestaltung natürlicher Lebensräume zum Schutz von Tieren und Pflanzen (vor allem durch die weitgehende Renaturierung der Steinbrüche), durch Investitionen in umweltschonende Abbau- und Produktionsverfahren.

Zur Sicherung der Arbeitsplätze benötigt die Zementindustrie nach Auffassung des DGB eine Planungssicherheit von 50 Jahren, unterteilt in 25 Jahre Planungssicherheit im Abgrabungsbereich und 25 Jahre Planungssicherheit für die Reservegebiete zukünftiger Abgrabung.

Industrielle Projekte sowie Industrie- und Gewerbeflächen werden dauerhaft nur dann Akzeptanz finden, wenn hohe Standards bei Umweltschutz und klimarelevanten Fragen eingehalten werden. Notwendig ist, die Bevölkerung, vor allem die betroffenen Anlieger, frühzeitig zu informieren und einen fairen Ausgleich zu ermöglichen.

Der Stellenwert von Arbeit, Natur, Umwelt und Wirtschaftsentwicklung ist ausgewogen und nicht eindimensional zu betrachten. Der Mensch ist Teil der Natur. Um seine Existenz zu bestreiten, ist er auf Arbeit und Wirtschaftsentwicklung angewiesen.

Weil 168.390 Menschen im Münsterland im heimischen produzierenden Gewerbe Arbeit finden, spricht sich der Deutsche Gewerkschaftsbund Region Münsterland eindeutig für den Erhalt der industriellen und produzierenden Arbeitsplätze aus. Auch, um die damit verbundenen Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich an unsere Region zu binden.

- **Unser Leitsatz lautet: Nachhaltiger Natur- und Umweltschutz führt nur dann zum Erfolg, wenn tragfähige Vereinbarungen mit den Menschen getroffen werden, deren Existenzbedingungen von den Schutzmaßnahmen berührt sind.**
- **Um tragfähige Konsense und Nachhaltigkeit zu entwickeln, bedarf es der ständigen Kommunikation, eines Netzwerks der regionalen Akteure.**
- **Wir rufen die Politiker und die gesellschaftlich relevanten Kräfte im Münsterland auf, sich gemeinsam über einen sinnvollen Weg zur Beschäftigungssicherung im produzierenden Gewerbe, einer Umwelt schützenden Produktion und einer nachhaltigen Entwicklung der natürlichen Lebensräume zu verständigen.**



In NRW haben sich bereits in der Allianz »Pro Industrie und Nachhaltigkeit« Gewerkschaften, Unternehmen, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, Industrie- und Handelskammern und die nordrhein-westfälische Landesregierung zusammengeschlossen, um industrielle Kapazitäten und Kompetenzen am Standort NRW zukunftsorientiert zu sichern.

Weitere Informationen unter: www.allianz-pro-industrie.nrw.de

